



Plattform Anders Handeln – [www.anders-handeln.at](http://www.anders-handeln.at)

Frau Bundeskanzlerin  
Dr. Brigitte Bierlein  
Bundeskanzleramt  
Ballhausplatz 2  
1014 Wien

Frau Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort  
Mag. Elisabeth Udolf-Strobl  
Stubenring 1  
1010 Wien

Ergeht ebenso an alle weiteren Mitglieder der Österreichischen Bundesregierung

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Bierlein,  
Sehr geehrte Frau Bundesministerin Udolf-Strobl,

wir, die Initiator\*innen der Plattform Anders Handeln wenden uns mit diesem Schreiben betreffend dem EU-Mercosur Abkommen an Sie als Bundeskanzlerin und als zuständige Bundesministerin sowie an die gesamte Bundesregierung. Laut unseren Informationen möchte die scheidende Europäische Kommission noch eine politische Einigung über dieses Abkommen erzielen, dem auch alle Mitgliedsländer dann zustimmen müssen.

Im Anhang finden Sie den offenen Brief in dem sich mehr als 340 Organisationen der Zivilgesellschaft aus Europa und den Mercosur-Ländern an die Präsidenten der EU Kommission, des Rats und des Europäische Parlaments richtet und darin ihre Bedenken bezüglich dieses Abkommens formuliert. Als wichtiger Handelspartner der MERCOSUR-Staaten muss die EU sicherstellen, dass Handelsabkommen den Schutz von Zivilgesellschaft, Umwelt, ArbeitnehmerInneninteressen sowie indigene Gruppen garantiert und ins Zentrum stellt. Dazu zählt insbesondere die Einhaltung und Umsetzung des Pariser Klimaabkommens. Ein Handelsabkommen zwischen der EU und den MERCOSUR Ländern muss so gestaltet sein, dass der Verkauf von brasilianische Produkte in der EU, nicht zur weiteren Abholzung des Amazonas-Waldes – einer der wichtigsten Wälder für ein stabiles Weltklima – und zur Landnahme von Lebensräumen indigener Gruppen führt sowie Menschenrechtsverletzungen mit sich bringt. Das vorliegende Abkommen entspricht nicht diesen Kriterien.

Wir von der Plattform Anders Handeln haben diesen Brief ebenfalls unterschrieben und teilen diese Kritik vollumfänglich und fordern eine gänzlich neue Handels- und Investitionspolitik, die Mensch und Umwelt in den Mittelpunkt stellt.

Wir fordern Sie deshalb auf, sich für den Abbruch der Verhandlungen über das EU-Mercosur Handelsabkommen einzusetzen bzw. keine politischen Einigung darüber zu unterzeichnen, sollte die scheidende EU-Kommission eine solche noch vor dem Ende ihres Mandats vorlegen, solange nicht gewährleistet ist, dass die Interessen der Menschen in der EU wie auch in den MERCOSUR-Ländern und den Klimaschutz im Zentrum stehen.